

Persönliche Erklärung des Ratsmitglieds Dr. Ulrich Kleemann, 26.06.2025

Anrede,

in der letzten Ratssitzung am 8.5.2025 hat das Ratsmitglied Joachim Paul eine persönliche Erklärung abgegeben, in der er unhaltbare persönliche Vorwürfe gegen meine Person gerichtet hat. Die Falschbehauptungen des Herrn Paul konnte ich in der Sitzung direkt nicht erwidern, sodass ich nun meinerseits eine persönliche Erklärung zur Erwidern abgeben muss.

Herr Paul bezog sich in seiner Erklärung auf eine Demonstration am 26.4.2025, in der es nach seiner Aussage zu Handgreiflichkeiten gegen einen AFD-Stand durch Demonstrationsteilnehmer gekommen sei. Gleich mehrfach nannte Herr Paul meinen Namen und warf mir zweimal wörtlich vor, „**die Demonstration angemeldet**“ zu haben und die politische Verantwortung zu tragen, „**dass die Leute, die Sie eingeladen haben, handgreiflich geworden sind.**“

Auf meine Zwischenrufe, dass dies nicht der Wahrheit entspricht und ich gar nicht an der Demonstration teilgenommen habe, nahm Herr Paul keineswegs seine falschen Behauptungen zurück, sondern legte nach: „**Herr Kleemann, ich kann verstehen, dass Ihnen das peinlich ist und sie weglaufen wollen. Und das geht einfach nicht.**“

**Hierzu stelle ich fest und gebe dies zu Protokoll:**

Ich habe definitiv die Demonstration am 26.4.2025 weder angemeldet oder dazu aufgerufen, noch daran teilgenommen. Ich habe mich zu dem Zeitpunkt nicht mal in Koblenz aufgehalten. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit. Die Wiederholung dieser Falschbehauptung erfüllt den Tatbestand der Verleumdung. Auch wenn Herr Paul mich als Vertreter der GRÜNEN gemeint haben sollte, ist seine Behauptung ebenfalls falsch, denn die GRÜNEN waren weder Veranstalter der Demonstration noch haben sie dazu aufgerufen.

Fakt ist also, dass Herr Paul gelogen hat. Wer so handelt wie Sie, Herr Paul – und hier zitiere ich wörtlich aus Ihrer persönlichen Erklärung - „**muss sich fragen lassen, ob er im demokratischen Spektrum richtig ist.**“

Die Rheinzeitung hatte freundlicherweise bei mir nachgefragt und mir Gelegenheit zur Richtigstellung gegeben. Sie, Herr Paul, haben es bisher nicht für nötig erachtet, Ihre Falschbehauptungen richtig zu stellen, geschweige denn, sich zu entschuldigen. Ist das die Fairness, die Sie angeblich für so wichtig erachten, dass Sie heute eine Resolution dazu einbringen wollen? Diese Resolution ist jedoch ebenso wie Ihre persönliche Erklärung Teil einer perfiden Strategie, mit der Sie sich als Opfer politischer Gewalt inszenieren wollen. Dabei sieht die Realität völlig anders aus.

Nach dem jüngsten Verfassungsschutzbericht 2024, vorgestellt am 10.6.2025 durch Innenminister Dobrindt, gab es von 2023 auf 2024 einen dramatischen Anstieg rechtsextremer Straf- und Gewalttaten um 47,4 %. Die versuchten Tötungsdelikte durch rechtsextremistische Gewalttäter stiegen sogar um 50 %, von 4 auf 6 versuchte Tötungsdelikte in 2024. Jedes Tötungsdelikt ist eines zu viel.

Spitzenreiter als Opfer von politischen Gewalttaten waren im vergangenen Jahr mit 3204 gegen sie gerichteten Straftaten übrigens die GRÜNEN. In Regionen, in denen die AFD mit ihren Hassbotschaften durchdringen kann, trauen sich KommunalpolitikerInnen von demokratischen Parteien teilweise nicht mehr, Plakate aufzuhängen oder zu kandidieren. Dies ist in Koblenz zum Glück nicht der Fall, wie uns zuletzt Stolzenfels eindrucksvoll bewiesen hat. Aber auch ich frage mich allerdings manchmal, ob ich bereits auf einer schwarzen Liste stehe, nachdem Herr Paul mich offensichtlich zu seinem Intimfeind erkoren hat.

Halten wir fest:

Die AFD ist nicht Opfer politischer Gewalt, sondern Täter, indem sie Hass und Zwietracht säht, die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt und so den Boden für politische Gewalt bereitet. Sie, Herr Paul, sind nicht Biedermann, sondern Brandstifter.